

Dranbleiben lohnt sich: DBfK-Gespräche zeigen Wirkung

Entschließungsantrag aus Niedersachsen greift zentrale DBfK-Forderungen auf



Politische Arbeit braucht Ausdauer. Der DBfK Nordwest hat in den vergangenen Monaten intensiv mit den niedersächsischen Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über die Weiterentwicklung der Pflegeausbildung und die Kompetenzen von Pflegefachpersonen gesprochen. Nun zeigt sich, dass sich diese Gespräche auch im Parlament niederschlagen.

Bei der ersten Beratung des gemeinsamen Antrags „Pflegeausbildung in Niedersachsen weiterentwickeln und erweiterte Pflegekompetenzen verlässlich umsetzen“ von SPD und Grünen am 8. Oktober wurden zentrale Anliegen aufgegriffen, für die sich der DBfK eingesetzt hat. Dazu gehören unter anderem eine einheitliche Kompetenzfeststellung für Pflegefachpersonen und eine verbindliche qualifizierte Praxisanleitung auch bei verkürzter Pflegefachassistentenausbildung.

Auch die Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung und eine verbindliche Beteiligung der Pflegeprofession an landespolitischen Entscheidungen finden sich im Antrag wieder.

Für DBfK Nordwest-Geschäftsführerin Sandra Mehmecke zeigt sich daran, wie wichtig der kontinuierliche Austausch mit politischen Entscheidungsträger:innen ist: „Politische Veränderungen brauchen fachliche Substanz, Ausdauer und einen verlässlichen Dialog“, so Mehmecke in einer begleitenden Pressemitteilung.



Christina Zink (2. v. li.), Sandra Mehmecke (Mitte) und Janine Wehrli (2. v. re.) hatten die DBfK-Forderungen im Vorfeld des Entschließungsantrags u. a. mit der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag, Lena Nzume (li.), und der pflegepolitischen Sprecherin der SPD, Andrea Prell (re.), besprochen.

Der Antrag ist damit ein wichtiger Zwischenschritt. Jetzt kommt es darauf an, dass aus den vorgeschlagenen Maßnahmen konkrete Verbesserungen werden. Der DBfK Nordwest wird die weiteren Beratungen begleiten und seine fachliche Expertise als nächstes bei den anstehenden Beratungen des Antrags im Sozialausschuss des Landtags Niedersachsen einbringen.

Dieses PDF wird automatisch auf Basis der aktuellen Daten erstellt, dadurch können Seitenumbrüche möglicherweise nicht optimal erfolgen.
